

III. Referent bei der Industrie- und Handelskammer Chemnitz

1. Arbeit für die Kriegswirtschaft

Nach Abschluss seines Studiums und Referendariats arbeitet Linse als Rechtsanwalt und ist auf diese Weise für die Nachwelt nahezu unsichtbar. Erst als er 1938 in die IHK Chemnitz, einer halbstaatlichen Einrichtung, eintritt und dort eine Tätigkeit als Referent aufnimmt, kann sein Weg weiterverfolgt werden, ja, eigentlich beginnt erst hier eine – trotz Bestandslücken – aussagekräftige Überlieferung. Denn auch in der IHK-Bürokratie gilt das Prinzip der Aktenkundigkeit aller Vorgänge. Dadurch kann Linses Tätigkeit zwar nicht vollständig rekonstruiert werden, aber der Bestand lässt instruktive Einblicke zu, auf deren Basis eine Einschätzung seiner Leistung möglich wird.

Für Linse scheint es nun bergauf zu gehen. Die Dissertation ist publiziert, und er unterschreibt nun mit „Dr. Linse“. 1938 gilt der akademische Grad etwas. Der Arbeitsalltag ist unspektakulär. Linses Aufgabe besteht darin, die in der IHK zusammengeschlossenen Unternehmen zu beaufsichtigen. In dem Archivbestand IHK des Staatsarchivs Chemnitz finden sich zahlreiche Vorgänge mit Linses Paraphe oder mit seiner Unterschrift, die die Eintragung von Firmen in das Handelsregister betreffen oder sich mit der Frage beschäftigen, ob diese oder jene Firmenbezeichnung irreführend ist; des Weiteren viele Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammer in der Reichswirtschaftskammer zu ähnlichen Fragen.³⁵

Prägend für Linses Arbeit ist der ein Jahr später einsetzende Krieg, der durch die Vorbereitungen bereits jetzt die Wirtschaft beeinflusst, später aber zu einem alle Lebensbereiche dominierenden Faktor wird. In diesem Zusammen-

³⁵ StAC, 30874, 648.

hang der „staatliche[n] Kommandowirtschaft mit privater Mitbestimmung“³⁶ zählt es zu Linses Aufgabe, Vorträge an Fachschulen und anderen Bildungseinrichtungen zu halten, in denen er die Notwendigkeiten einer auf den Krieg ausgerichteten Wirtschaft erläutert. Beispielsweise ist ein Manuskript zu einem Vortrag „Warum gelenkte Wirtschaft?“ nebst Vorarbeiten erhalten, das auf November 1944 datiert ist. Darin wirbt Linse um Gefolgschaft für die Kriegsökonomie: „Es ist daher gut, wenn wir durch eine große Gesamtschau in die Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaft unseren im alltäglichen Kleinkrieg bisweilen erschütterten Glauben wieder aufrichten und erneut erkennen und fühlen, wie groß und unabweisbar die Notwendigkeit einer gelenkten Wirtschaft ist und sein muss.“ Und er kommt zu dem Schluss: „Wenn jeder stets dieses Bewusstsein in sich trägt, dann wächst aus den Millionen Schaffenden die ungeheure Kraft, die Höchstes vollbringt, sich allen Gewalten zum Trotz durchsetzt und uns in diesem großen Kampf das höchste verheißt: *den Endsieg!*“³⁷

Linse hält weitere Vorträge ähnlichen Inhalts; beispielsweise geht im März 1943 ein Schreiben der Unterabteilungsleiterin in der Deutschen Arbeitsfront, Gauverwaltung Sachsen, ein, in dem er gebeten wird, einen Vortrag zum Thema „Wirtschaftsführung im Kriege“ zu halten. Und wenn man den Reaktionen der Veranstalter derartiger Vortragsreihen, zu deren Gelingen Linse mit seinem Auftritten beiträgt, Glauben schenken darf, diese also Linse nicht nur einen artigen Dank aussprechen, dann ist er ein guter Redner, der die Erwartungen des Publikums erfüllt. So gratulierte etwa der Leiter der Sozialen Fachschule, Kreis Chemnitz, am 3. Dezember 1941: „Durch Beurteilungen aus dem Hörerkreis konnte ich ersehen, dass Ihre Vorträge unbedingt als Erfolg zu buchen waren.“³⁸ Womit sich bereits an dieser Stelle andeutet, dass Linse mit seinen Auftritten öffentliche Resonanz hervorzurufen in der Lage ist und nicht nur als Redenschreiber für seinen Vorgesetzten, den Handelskammerpräsidenten, und zum Bürokraten taugt.

Während er mit seinen Vorträgen an die Öffentlichkeit tritt und sein im weitesten Sinne politisches Talent erprobt und verbessert, kommt Linse auch seinen Aufsichtspflichten nach. Im Auftrag seines Hauses nimmt er an Betriebsprüfungen und so genannten Auskämmaktionen teil, informiert die Mitgliedsunternehmen über die „Neuregelung des Verfahrens der Arbeitskräfteanforderungen und Bedarfsermittlungen“ und so fort. Er sorgt für Nachschub für den Krieg und für eine möglichst effiziente Verwaltung des Mangels an Arbeitskräften und Material und erfüllt gleichsam die Funktion eines Scharniers zwischen der Wehrmacht und ihren Bedürfnissen und den Unternehmen, die diese zu erfüllen haben.³⁹ Bei Betriebsbesichtigungen ermittelt er materielle und personelle Kapazitäten und leitet die Umsetzung der von ihm für sinnvoll erachteten Maßnahmen in die Wege, was für den betroffenen Betrieb und seine Mitarbei-

36 Frei, Führerstaat, S. 90.

37 StAC, 30874, 513.

38 Ebd.

39 Vgl. StAC, 30874, 61 und 354.

ter allerdings gravierende Folgen haben kann. In einer Notiz vom 5. September 1944 über eine Betriebsprüfung, an der auch Linse teilgenommen hat, heißt es beispielsweise: „Der Eindruck ist der, dass dieser Betrieb ohne jede nachteiligen Folgen für die Rüstung oder die Chemnitzer Textilindustrie geschlossen, zumindest aber anders belegt werden kann, und die freiwerdenden Arbeitskräfte können der direkten Rüstungswirtschaft mit günstigerem Arbeitseinsatz zugeführt werden.“⁴⁰

2. Die Verfolgung der Juden in Chemnitz

So weit, so normal – zumindest unter den Umständen einer staatlich regulierten Wirtschaft in einer Diktatur und unter den Bedingungen eines Weltkriegs. Man wird Linse keine Vorhaltungen machen wollen, dass er seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Kriegsproduktion leistet. Aber seine Tätigkeit erschöpft sich nicht darin, diese vergleichsweise „neutrale“ Aufgabe zu erfüllen. Denn durch seinen Eintritt in die IHK wird Linse fast augenblicklich zum Mittäter bei der Verfolgung der Chemnitzer Juden und damit – das wissen wir heute – jener Phase, die dem Holocaust unmittelbar voranging.

Nicht nur für Linse spielt das Jahr 1938 eine bedeutende Rolle. Für die Chemnitzer Juden war es ein Schicksalsjahr. Begonnen haben die Demütigungen, Boykotte, Verfolgungen und Morde bereits 1933. Sie treffen eine kleine Gemeinde von 2.796 Mitgliedern, die zahlenmäßig unter den 335.000 Chemnitzern geradezu verschwindet. In Sachsen liegt der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung, wie die Statistik von 1925 ausweist, mit 0,46 Prozent im Vergleich zum Reich (0,9 %) noch unter dem Durchschnitt. Überproportional vertreten – in Chemnitz wie im Reich – und damit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor sind sie als Industrielle und Fabrikanten. In Chemnitz beträgt der Anteil der Juden an Wirkerei- und Stickereifabriken 1930 35,3 Prozent, am Großhandel mit Gespinsten und Geweben 34,1 Prozent.⁴¹ Die Atmosphäre ist verseucht. 1935 richtet Bürgermeister Walter Schmidt einen „Judenpranger“ ein, ein Blatt Papier auf einer Anschlagtafel, auf dem die Namen der städtischen Angestellten aufgeführt werden, die in jüdischen Geschäften einkaufen. Zwar wird er von Vorgesetzten wegen dieser Aktion getadelt, doch der „Judenhefter“, in dem er alle Denunziationen sammelt, bleibt von der Intervention „von oben“ unberührt.⁴²

Im besagten Jahr erreichen die Schikanen und der Terror eine neue Qualität. Sowohl auf Reichsebene als auch in Chemnitz verstärkt sich der Druck auf die nunmehr 2.069 Juden. Noch geht es nicht um einen Genozid, sondern „bloß“ um Diskriminierung und Vertreibung, aber die soziale, psychische und ökonomische Situation ist bereits in einem Zustand, der sich nach menschlichem Ermessen schwerlich verschlechtern kann. Die Enteignung jüdischen

40 StAC, 30874, 746.

41 Vgl. Diamant, Chronik der Juden in Chemnitz, S. 22, 79–84, 115–123.

42 Ebd., S. 126–128. Vgl. neuerdings auch Nitsche/Röcher (Hg.), Juden in Chemnitz.

Besitzes und Vermögens verläuft bis dahin weitgehend unregelt, die Gewalt kann sich ohne Einhegung durch die Verwaltung ungehindert entfalten. Am 26. April 1938 tritt die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ in Kraft, die den Prozess in rechtsförmige Verfahren leitet. Es ist ein ambivalenter Vorgang, denn mit der Einverleibung durch die Verwaltung wird zwar die unregelte Gewalt zurückgedrängt, zugleich aber geht man einen weiteren Schritt in Richtung industriellem Massenmord. Noch stehen allerdings die ökonomischen Motive der Nazis im Vordergrund. „Zu Spottpreisen wurden [nach der Verordnung von 1938] die jüdischen Unternehmen ‚arisiert‘.“⁴³ Linse erläutert in einer Aktennotiz vom 12. Januar 1944 den Unterschied. Vor 1938 „stand es im Belieben eines Juden, Grundstücke, Betriebe, die in seinem Eigentum standen, zu veräußern und die Bedingungen, unter denen er die Veräußerung durchführte, wurden zwischen ihm und dem Käufer ausgehandelt, [...] sofern die Bestimmungen über den Preisstop [...] beachtet“ wurden. Nach diesem Datum wird die IHK mit den „Entjudungsverfahren“ befasst, wenn es sich bei den in Frage kommenden Firmen um Gewerbebetriebe handelt. Und seit September 1938 fällt diese Aufgabe in Linses Zuständigkeitsbereich.⁴⁴

Hat es beim Amtsantritt Linses bei der IHK schon schlecht um die Chemnitzer Juden gestanden – für manche unter ihnen kommt es noch schlimmer. Im Oktober 1938 entzieht Polen den in Deutschland lebenden polnischen Juden die Staatsbürgerschaft. Am 27. Oktober gibt der sächsische Innenminister den Befehl zu ihrer Ausweisung. Tags darauf schwärmt die Polizei mit ihren Helfershelfern aus, um sie zu verhaften. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion ergreift man 78 Prozent von ihnen, arretiert sie in „Baum’s Ballsälen“, treibt sie am Abend in Züge und verschleppt sie ins Niemandsland bei Beuthen (Oberschlesien). Dort müssen sie tagelang auf offenem Gelände und unter erbärmlichen Umständen campieren, weil die polnischen Behörden den 318 Unglücklichen die Einreise mehrere Tage lang verweigern.⁴⁵

Und dann folgt der 9. November, der auch in Chemnitz seine deutlichen Spuren hinterlässt. Wie im gesamten Reich klirren in der „Reichskristallnacht“ Schaufensterscheiben von Geschäften jüdischer Inhaber, ziehen SA-Männer auf, werden prominente Juden verhaftet, wird die Synagoge, ein neoromanischer Kuppelbau auf dem Kassberg, in Brand gesteckt. Die verhafteten Prominenten karrt man zur Synagoge, wo sie mit ansehen müssen, wie Feuer gelegt wird. Dann werden sie zurück ins Gefängnis gebracht und misshandelt. An der Brandstelle trifft zwar die Feuerwehr ein, unternimmt aber nichts. Am nächsten Tag rauchen die Trümmer noch. „Der Morgen des 10. November 1938 dämmerte herauf. Die Straßen füllen sich mit Menschen, die ihrer Arbeitsstätte zustreben. In der Innenstadt bietet sich ein ungewöhnliches Bild. Geschäfte mit zertrümmerten Schaufensterscheiben und geplünderten Auslagen. Davor, wie

43 Kreschnak, Die Verfolgung der Juden in Chemnitz während der faschistischen Diktatur, S. 34.

44 StAC, 30874, 746. Zu „Arisierungen“ vor 1938 vgl. auch Autorenkollektiv, Karl-Marx-Stadt, S. 183 f.

45 Diamant, Chronik der Juden in Chemnitz, S. 129.

zum Hohn Wachen postiert, die Plünderer in der braunen Uniform von Hitlers Sturmabteilungen (SA). Über dem Kassberg steigen dunkle Rauchwolken zum Himmel. Die prachtvolle Synagoge, der jüdische Tempel brennt. Hier sind es die Brandstifter, die die Brandstelle absperren. Dass die Feuerwehr nicht löscht, sondern noch Benzin in das Feuer gießt, bemerken selbst die Oberschüler, die auf dem Weg zur Schule stehen geblieben sind.“⁴⁶ Bald darauf wird die Ruine gesprengt und bis zum 20. November abgetragen. Die jüdische Gemeinde muss für die Kosten von 35.000 RM aufkommen.⁴⁷

Linse können die Schikanen, Repressalien und Übergriffe nicht verborgen geblieben sein. Was er davon hält, wissen wir nicht. Überliefert ist nur, dass er die Akten deutlich, dass er trotz alledem seinen „Job“ erledigte, nämlich im Auftrag der IHK die „Arisierung“ der Chemnitzer Geschäftswelt zu begleiten.

Beispielsweise das Geschäft von Samuel Nußberg: Ende November 1938 erreicht Linse die Anfrage eines Geschäftsmannes aus Oberlungwitz, was denn mit der Firma Nußbergs geschehen solle, und Linse antwortet, dass sie voraussichtlich liquidiert werden würde. Wenige Tage später geht bei der IHK die Meldung des Polizeipräsidenten zu Chemnitz, Ausländeramt, ein, dass der „polnische Jude Samuel Nußberg [...] am 28. Oktober 1938 auf Anweisung des Reichsinnenministeriums nach Polen abgeschoben worden“ ist. Er habe einen Bevollmächtigten benannt, der in den entsiegelten Geschäftsräumen das Geschäft weiterbetreiben könne. Aktiv wird die IHK (allerdings nicht Linse) wieder am 31. Dezember 1938, als sie dem Kreishauptmann zu Chemnitz über Nußbergs verbliebenes Vermögen berichtet und einen Liquidator vorschlägt, der seine Arbeit bis zum 15. Februar 1939 erledigen solle. Linse taucht wenige Tage später wieder in den Akten auf. Er informiert am 5. Januar den Geschäftsmann aus Oberlungwitz über den Stand der Dinge. Doch das Verfahren scheint sich etwas zu verzögern. Am 17. April meldet der Polizeipräsident der IHK, dass und wo sich Nußberg „vorübergehend zur Auflösung seines Geschäftes und seiner Wohnung“ in Chemnitz aufhält. Zehn Tage später wendet sich Linse direkt an den Betroffenen und bittet um ein Gespräch. Den Inhalt von Nußbergs Aussage hält er in einer Aktennotiz vom 16. Mai fest: „Ich bin ein polnischer Staatsangehöriger und habe zum Zwecke der Abwicklung meines Gewerbebetriebes Einreisegenehmigung bis 19. Mai 1939 erhalten. Ich habe zuletzt nur noch Strumpfgroßhandel betrieben. Der Wert des Warenlagers, das ich bei meiner Rückkehr aus Polen vorfand, betrug etwa RM 12.000.-. Das Warenlager ist inzwischen restlos verkauft worden. Irgendwelche Hilfskräfte werden nicht mehr beschäftigt. Die Geschäftsräume sind bereits seit längerer Zeit geräumt. Ich habe meine sämtlichen Verbindlichkeiten bezahlen können. Nach Bezahlung aller Steuerschulden usw. ist mir ein Überschuss in Höhe von RM 30.000.- geblieben.“ Am 13. Juni erfolgt dann noch die Anfrage Linses bei der Polizei, ob Nußberg wieder ausgeweisert sei. Das Polizeipräsidium bestätigt, dass die Ausreise nach Krakau am 19. Mai erfolgt sei.⁴⁸

46 Ebd., S. 135.

47 Ebd.

48 StAC, 30874, 695.

Es finden sich weitere Vorgänge dieser Art mit Linses Paraphe, seiner Kurzbezeichnung oder Unterschrift in den Akten der IHK. Jüdische Geschäftsleute kehren nach ihrer Vertreibung nach Chemnitz zurück, um die Reste ihrer Unternehmen zu liquidieren. Der Polizeipräsident übernimmt die ausländerrechtliche Überwachung des Betreffenden, und die IHK unterstützt das Vorgehen, indem sie Liquidatoren benennt und den Betroffenen zur Sache anhört. Gutachter werden bestellt, Rechtsfragen und Zuständigkeiten geklärt.⁴⁹ Was in Linse vorgeht, sieht man den Akten natürlich nicht an. Auch wenn man unterstellt, dass er bei seiner Arbeit Skrupel hatte oder Gewissensbisse, so war er doch Teil des Verfolgungsapparats. Er konnte sehen, was geschah, und er hat nicht Nein gesagt.

3. Kontroverse mit einem SS-Mann

Bevor man den Stab über Linse bricht, muss man sich vergegenwärtigen, dass es gefährlich sein konnte, der Diktatur in irgendeiner Weise aufzufallen. Linse weiß das, er ist vorsichtig, er exponiert sich nicht. Dazu ist er viel zu klug. Und wenn er doch einmal gezwungen wird, Farbe zu bekennen, dann sichert er sich gründlich ab, wie aus einer Aktennotiz deutlich wird.⁵⁰ Bei einer Besprechung am 22. November 1944 kommt es zu einem Wortwechsel zwischen einem Nazi-Funktionär und Linse. An dem Treffen nehmen unter anderen Vertreter des Arbeitsamtes Chemnitz, der Kreisleitung Chemnitz, des Rüstungskommandos Chemnitz, der Handwerkskammer, der Staatspolizeileitstelle Chemnitz und der IHK Chemnitz, die durch Linse vertreten wird, teil. Auf der Tagesordnung steht der „Arbeitseinsatz der jüdischen Mischlinge 1. Grades und der jüdisch Versippten“. Die anwesenden Bürokraten erörtern den Umgang mit Einsprüchen von Firmen, deren halbjüdische Mitarbeiter von den Behörden zu anderen Tätigkeiten gezwungen werden sollen. Denn kaufmännische Berufe dürfen die Betroffenen nicht mehr ausüben, weil sie „Halbjuden“ oder „versippt“ sind, sondern sie sollen „körperliche Arbeit verrichten“. Sofern sie in Rüstungsbetrieben körperlicher Arbeit nachgehen, sollen sie an anderer Stelle eingesetzt werden. Die Teilnehmer erörtern die Frage, welchen Weg der Widerspruch eines Unternehmens, das von einer diesbezüglichen Anordnung betroffen ist, zu nehmen hat.

Das Sitzungsprotokoll lässt den Rahmen erkennen, in dem sich Linses Tätigkeit abspielt: Er ist als Mitarbeiter der IHK Teil der staatlichen Verwaltung, die die Juden und andere zu Staats- und Volksfeinden erklärte Personengruppen Stück für Stück aus dem „Universum der Verpflichtung“ (Helen Fein) hinausdrängt, um auf diese Weise das notwendige gesellschaftliche Klima für den Völkermord zu schaffen. Zur Debatte steht, erneut, noch nicht die Vernichtung, aber man befindet sich bereits im Vorbereitungsstadium. Das Arrangement ist

49 Weitere Fälle sind in StAC, 30874, 695 und 712 dokumentiert.

50 StAC, 30874, 746.

so gehalten, dass Linse und die anderen mit denselben Problemen zu kämpfen haben, die innerhalb und zwischen einzelnen Behörden auftauchen können: Man streitet sich um Zuständigkeiten und Befugnisse und versucht auch, die politischen Vorgaben möglichst „rational“ umzusetzen. Über die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Behörden – hier: Selbstverwaltung der Industrie, Polizei, Arbeitsamt und Partei – können die Beteiligten dann systematisch verdrängen, dass es inhaltlich um die Entrechtung von Menschen geht.

Über diese allgemeinen Umstände hinaus ist der Wortwechsel zwischen Kreishauptamtsleiter Anacker und Linse bemerkenswert. Nach Darstellung Linses platzte Anacker verspätet in die Sitzung, „erbat sofort das Wort“ und polterte „in dem scharfen Ton, der ihm eigen ist,“ los: dass es ihm unerklärlich sei, dass Firmen sich gegen den anderweitigen Einsatz ihrer zum betreffenden Personenkreis gehörenden Angestellten wehren könnten, und dass eine Behörde gegen eine solche Anordnung einer anderen Behörde auch noch Einspruch einlegen könne. „Wenn die Kammer [IHK] einen solchen Einspruch eingelegt habe [...], müsse er annehmen, dass sie Juden schützen wolle. [...] Er verstehe überhaupt nicht, wie man wegen des aus staatspolizeilichen Sicherheitsgründen dringend notwendigen anderweitigen Einsatzes von Mischlingen noch großes Aufheben machen könne. Wenn es nach ihm gänge, müssten die Mischlinge einfach an die Wand gestellt und erschossen werden.“ SS-Hauptsturmführer Schermer bekundete „seine vorbehaltlose Zustimmung in auffallender Weise durch lebhaftes Kopfnicken“.

Ein Frontalangriff auf Linse und die IHK aus dem Munde eines leitenden SS-Mannes – das kann gefährlich werden! Die Rote Armee steht bereits an der Weichsel, die Wehrmacht ist auf dem Rückzug. Der Krieg beherrscht das ganze Leben. Das Regime erhöht die Repressionen gegen die Bevölkerung. Das Spitzel- und Denunziantentum blüht. In dieser Lage von einem SS-Mann vor Zeugen angegangen zu werden, verlangt eine entschiedene Reaktion. Hier geht es womöglich um mehr als die Ehre der Kammer. Linse streitet nichts ab, ist aber darum bemüht, die verzerrte Darstellung Anackers gerade zu rücken. Er argumentiert zunächst zweckrational. „Ich habe in meiner Erwiderng zunächst klargestellt, dass die Kammer *von sich aus* in keinem einzigen Falle Einspruch eingelegt hat. Sie hat lediglich in 3 Fällen [...] Einsprüche von Firmen befürwortet, weil sie bei einer *rein wirtschaftlichen Beurteilung* – wie sie der Aufgabenstellung der Kammer entspricht – der Überzeugung gewesen ist, dass die anderweitig einzusetzenden Mischlinge dieser Firmen für die Kriegswirtschaft mit weitaus größerem Nutzen tätig sind, wenn sie in ihrer bisherigen Stellung verbleiben, [...] weil bei den genannten Firmen im Falle des vorgesehenen Einsatzes außerdem tatsächliche Lücken gerissen werden, die mangels innerbetrieblicher Ausgleichsmöglichkeit und angesichts der Unmöglichkeit, geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, zum Schaden der Kriegswirtschaft einfach nicht geschlossen werden können.“ Und fügt hinzu, als sei er sich der Überzeugungskraft seiner Argumente nicht sicher: „Mit betonter Entschiedenheit, wie sie mir gegenüber dem Tone des Herrn Kreishauptamtsleiters Anacker geboten schien, stellte ich weiterhin fest, dass sich die Kammer bei ihrer Befür-

wortung in den erwähnten 3 Fällen von Anfang an in vollständiger Übereinstimmung mit der Kreisleitung Chemnitz befunden habe und dass ich sehr dringend ersuchen müsse, nicht zu übersehen, dass Herr Handelskammerpräsident Schöne zugleich Kreisleiter sei.“

Ob Linse Anacker und Schermer überzeugt hat, ist ungewiss. Anacker lässt – laut Protokoll – keine Gefühlsregung erkennen. In der Sache jedoch, anlässlich derer der SS-Mann losgepoltert hat, muss Linse zurückstecken. Linse widerspricht im Verlauf der Beratung im Namen der IHK nun ebenfalls den Einsprüchen der drei Firmen und entscheidet sich – gemäß der Richtlinien – gegen die Betroffenen.

Hat sich die IHK, hat sich Linse während der NS-Diktatur schützend vor Juden gestellt? Folgt man Linses Ausführungen, so hat Anacker seinen Vorwurf im Verlauf der Besprechung nicht nur nicht wiederholt, sondern sich sogar – unbewusst – selbst widersprochen. Aber warum hat Linse diese Begebenheit in aller Ausführlichkeit für die Akten festgehalten? Zweifelsfrei wollte er ein Beweisstück schaffen, das irgendwann einmal zu seinen Gunsten herangezogen werden kann. Der Vorwurf, er würde Juden schützen, musste widerlegt werden. Linse muss an die Nazis als Adressaten gedacht haben, denn von einem Nazi wurde der Vorwurf geäußert, und was nach einem Zusammenbruch oder Endsieg der Diktatur kommen würde, war ja vollkommen ungewiss. Doch zugleich produzierte er ein Papier, bei dessen Lektüre man sich fragt, ob an den Vorwürfen Anackers vielleicht doch etwas dran gewesen sein könnte, ob Linse vielleicht doch – auf seine spezielle Art – Widerstand gegen das Regime geleistet haben könnte. Das Schriftstück gibt keine eindeutige Antwort.

4. Die Sache mit Gilel Reiter

Noch bemerkenswerter als die Überlieferung des genannten Vorfalles ist indes der Aktenbestand, der Linses Korrespondenz und Aktennotizen in der Angelegenheit des jüdischen Patentingenieurs Gilel Reiter enthält.⁵¹ Reiter wird 1878 in Cherson (Herson) an der Mündung des Dnjepr geboren, das seinerzeit zu Russland, heute zur Ukraine gehört. Der junge Reiter zieht nach Odessa, um „nach 1900“ an der TH Darmstadt und in Heidelberg zu studieren. Nach einer Zwischenstation in Altona bei Hamburg siedelt er vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs nach Siegmarsdorf bei Chemnitz, wenig später nach Chemnitz selbst. Zunächst ist er als Angestellter in der Industrie tätig, gründet jedoch ein eigenes Patentbüro, in dem er unter anderem ein Messgerät entwickelt, das er 1935 als „Gonioindikator“ zum Patent anmeldet. In der „Reichskristallnacht“ wird er verhaftet, in das KZ Buchenwald gebracht, schwer misshandelt und Ende November wieder freigelassen. 1939 muss Reiter sein Patentbüro aufgeben, ein Treuhänder wird mit der Abwicklung beauftragt. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verhindert die Ausweisung des Staatenlosen. 1942 wird die Familie

51 StAC, 30874, 699. Ich danke Herrn Jürgen Nitsche, Chemnitz, der mich auf den Vorgang aufmerksam gemacht hat.

Reiter aus ihrer Wohnung vertrieben und findet Unterschlupf im „Judenhaus“. 1944 verschlechtert sich Reiters Gesundheitszustand, der durch die Misshandlungen in Buchenwald angegriffen ist. Die Aufnahme in ein Krankenhaus wird abgelehnt, Reiter stirbt. Als eine der letzten wird seine Urne auf dem jüdischen Friedhof in Chemnitz beigesetzt.⁵²

Als im Februar 1939 die Anordnung des Chemnitzer Regierungspräsidenten zur Abwicklung von Reiters Büro ergeht, tritt Linse auf den Plan. Wie in anderen Fällen auch beaufsichtigt er von seinem Schreibtisch aus das Verfahren „zur einstweiligen Fortführung und Herbeiführung der Abwicklung des technischen und Patentbürobetriebes des Juden Gilel Reiter“, für das der Regierungs-

52 Nitsche/Röcher (Hg.), Juden in Chemnitz, S. 177 und 302.

präsident am 25. Februar 1939 den Kaufmann Ernst Arthur Sieben-Haussen zum Treuhänder beruft. Sieben-Haussen soll monatlich über den Stand des Verfahrens berichten, schreibt der Regierungspräsident, und bis zum 15. Juni seinen abschließenden Bericht eingesendet haben. Die IHK, die Devisenstelle, die Zollfahndungsstelle, das Finanzamt, der Kreiswirtschaftsberater der NSDAP und die Kreisleitung der NSDAP – sie alle erhalten Kenntnis von dem Verfahren. Also nimmt Sieben-Haussen seine Arbeit auf und berichtet im Folgenden getreulich – jeweils mit Kopie an den zuständigen Sachbearbeiter bei der IHK, Linse – über den Fortgang des Verfahrens und stellt die ihm entstandenen Kosten in Rechnung, die der Inhaber, also Reiter, zu tragen hat. Zu diesem Zeitpunkt deutet nichts darauf hin, dass es sich um ein außergewöhnliches Verfahren handeln könnte, und doch erstreckt es sich bis in das Todesjahr Reiters, 1944.

Bereits am 4. März 1939 spricht Sieben-Haussen das erste Mal bei Linse vor. Über den Inhalt des Gesprächs ist nur bekannt, dass man sich für den 9. März erneut verabredet, diesmal in der Gegenwart Reiters und seines Partners. Das Ingenieurbüro abzuwickeln, ist einfach, denn es besteht de facto nur noch auf dem Papier. Im Zentrum der Bemühungen steht die Vermarktung des Reichspatents, das Reiters Partner, ein „Arier“, wie Sieben-Haussen dem Regierungspräsidenten am 8. März schreibt, finanziert hat und an dem er beteiligt ist. Der Treuhänder hält große Stücke auf Reiters Erfindung und versucht, auch seinen Auftraggeber zu überzeugen. „Dieser Teilapparat ist deshalb als eine für die Feinmechanik wichtige Erfindung zu betrachten. Andererseits scheint seine Verwertung für artilleristische Einrichtungen und Messungen gegeben!“ Und weil das so vielversprechend aussieht, meint er, könne man den Wunsch Reiters nicht nach bloßem Verkauf, sondern weiterer Vermarktung zumindest prüfen.

In der Besprechung zwischen Linse, Sieben-Haussen, Reiter und seinem Partner wird das strategische Vorgehen beraten. Linse hält die Grundzüge in einer Aktennotiz fest. An die Kinder aus Reiters zweiter Ehe „mit einer Arierin“ kann das Patent „auf Grund des letzten Geheimerlasses“ nicht übertragen werden. Statt dessen will man mit verschiedenen Firmen verhandeln, und Linse will Kontakt zur Wehrmacht aufnehmen. Die gemeinsame Stoßrichtung ist dieselbe, die Sieben-Haussen bereits gegenüber dem Regierungspräsidenten angedeutet hat: Die Vermarktungsperspektiven von Reiters Gonioidikator, auch die Möglichkeiten eines Einsatzes in kriegsrelevanten Bereichen, sind günstig, erfordern allerdings einen langen Atem aller Beteiligten. Denn selbst wenn die Vermarktung gelingt, so ist mit einer langwierigen Einarbeitungszeit derjenigen, die das Gerät bedienen, zu rechnen, und die betreffende Firma wird „noch etwa ein Jahr lang seines [Reiters] Erfinderrates bedürfen“.

Wenn man gehofft hat, mit dem geplanten Vorgehen Zeit zu gewinnen, dann scheint die Strategie aufzugehen. Am 12. Juni wird die Frist zum ersten Mal verlängert, bis zum 31. August. Sieben-Haussen berichtet weiter. Im November kommt Bewegung in die Angelegenheit, weil Sieben-Haussen und Reiter daran gehen, „eine frühere Erfindung Reiters [...], eine größere Kalibermaschine“ zu verwerten, wie er gegenüber Linse angibt, der das Gespräch in einer Notiz aktenkundig macht. Sieben-Haussen macht auf die prekäre finanzielle Lage

Reiters aufmerksam, der auf Almosen der jüdischen Gemeinde angewiesen ist, und gibt zu Bedenken, dass seine Tätigkeit als Abwickler aus dem zu erwartenden Erlös honoriert werden könnte. Ob man ihm nicht noch eine Betriebsabwicklung übertragen könne, „da er in der vorliegenden Sache befürchten müsse, für seine Tätigkeit nicht oder nicht hinreichend entschädigt zu werden.“ Linse sichert „wohlwollende Prüfung“ seiner Bitte zu.

Letztlich scheitert die Verwertung der Kalibermaschine jedoch. Die Vermarktung des Gonioidindikators geht allerdings weiter, und die Frist wird deshalb immer wieder verlängert. Linses Rolle in dem Verfahren scheint darin zu bestehen, zu Sieben-Haussens Anträgen auf Fristverlängerung Gutachten, wie etwa am 19. Juli 1940, mit folgenden Bewertungen zu schreiben: „So misslich es für alle am Entjudungsverfahren beteiligten Behörden und Stellen zweifellos ist, wenn die von allen gewünschte Feststellung, dass die Wirtschaft des Chemnitzer Regierungsbezirkes judenfrei ist, an der niemand zur Last zu liegenden Unverwertbarkeit des Patentes scheitern soll, so kann man u.E. doch nicht um die Notwendigkeit herum, dem Abwickler Sieben-Haussens die Frist zur Herbeiführung der ihm aufgegebenen Abwicklung zu verlängern.“

Und Sieben-Haussens müht sich weiter redlich, wenn man seinen Abrechnungen und Berichten Glauben schenken darf. Sämtliche Ausgaben müssen vom Regierungspräsidenten nachträglich genehmigt werden. In seinem Bericht vom 13. November 1940 gibt er an, dass er 147 Stunden für den Auftrag aufbringen musste; Reiter selbst ist nach Hamburg, Bremen, Lübeck, Flensburg und Berlin gereist. Desgleichen waren Sonderzahlungen an Reiters Frau für „ein Winterkleid und Weihnachtsbeschaffungen“ nötig. Der Kalibermesser, der seinen „wirtschaftlichen Wert für die deutsche Industrie immer mehr rechtfertigt“, hat sich bis dato fünfmal verkauft, und die Bemühungen zur Verwertung des Patents gehen weiter. Eine neuerliche Fristverlängerung um drei Monate bis zum 21. März 1941 scheint angemessen.

Wie rührig und bemüht Sieben-Haussens ist, zeigt sein Schreiben vom selben Tage an den Polizeipräsidenten zu Chemnitz, in dem er um Aussetzung der Ausweisungsverfügung gegen Reiter bittet, „und zwar im Einvernehmen mit der Industrie- und Handelskammer zu Chemnitz“. Wieder will Sieben-Haussens Zeit herauschlagen und Reiter ein vergleichsweise normales Leben ermöglichen. Andere Dienststellen – zufälligerweise die von Linse – sind ihm Kronzeugen für die besondere Wichtigkeit seines Anliegens. Außerdem verhandle er gerade mit sowjetischen Stellen, und das könne dauern, „– wie bei allen Russengeschäften“; die „Materialbeschaffungsschwierigkeiten“ erleichterten aber die Verwertung der Erfindung nicht gerade, die doch „in immer weiteren Kreisen der deutschen Maschinenindustrie Beachtung und Anerkennung findet. [...] Herr Reiter hat und ist im Begriffe, die Maschine mit von ihm geschaffenen Sondereinrichtungen auszustatten, die deren Fabrikationswert steigern. Hierdurch ist seine Anwesenheit im Interesse der deutschen Wirtschaft begründet.“

Ähnlich geht es auch im Jahr 1941 weiter. Sieben-Haussens und Linse bilden ein Team mit verteilten Aufgaben: Sieben-Haussens kümmert sich um Reiters Angelegenheiten, und Linse deckt seine Aktivitäten durch entsprechende Gut-

achten ab. Allerdings können die beiden Verschwörer nicht alles erreichen, was sie sich vorgenommen haben, und gelegentlich ahnt man, dass sie auf einem sehr schmalen Grat wandeln. So gelingt es Sieben-Haussen nicht, Reiter von der Pflicht befreien zu lassen, einen Davidstern zu tragen. „Solche Anträge“, referiert Linse in einer Notiz für seinen Präsidenten, „sind bis jetzt immer abgelehnt worden und werden auch künftig ausnahmslos abgelehnt werden.“ Ganz erfolglos sind sie aber keinesfalls, denn die Inspektion durch eine Delegation der Wehrmacht bei einer Firma, die Reiters Lehrenbohrwerke einsetzt, hat ergeben, dass der festgestellte Fehler „vermieden worden wäre, wenn Reiter entsprechend seinem Ersuchen Gelegenheit gehabt hätte, diese Firma beim Bau des Lehrenbohrwerkes und bei seiner Prüfung vor Abnahme durch die Kommission des OKW laufend zu beraten“. Auf Basis dieser Information vermutet Linse, dass Reiter „noch etwa 2 Monate“ unabkömmlich sei und nach Ablauf dieser Frist zwei weitere Monate „gelegentlich“ beratend tätig werden müsse. Damit hätte man erneut vier Monate Zeit gewonnen. Um einen möglicherweise aufkeimenden Verdacht zu zerstreuen, es könne nicht alles mit rechten Dingen zugehen, sichert Linse sein Vorgehen ab: „Ich möchte noch betonen, dass der Antrag auf Erteilung einer generellen Genehmigung, der der Kammer zur gutachtlichen Stellungnahme vorliegt, nicht von mir bzw. dem Juden Reiter ausgeht, sondern auf eine Anregung des Herrn Spitzner vom Polizeipräsidium Chemnitz zurückzuführen ist.“

Zwei Schriftstücke aus dieser Zeit, also Oktober/November 1941, die sich inhaltlich auf die genannte Aktennotiz beziehen, werfen Fragen auf. Bei beiden handelt es sich um einen von Linse bearbeiteten Brief an den Polizeipräsidenten zu Chemnitz. Der erste ist auf einem Kopfbogen getippt, bereits mit der Unterschrift des Hauptgeschäftsführers versehen - und ungewöhnlicherweise zu den Akten gegeben worden. Die Unterschrift des Präsidenten fehlt ebenso wie das genaue Datum im Oktober; der Tag wird üblicherweise per Hand eingetragen. Im Brief wird der Sachstand zusammengefasst und mit einem recht knappen, eindeutigen Votum versehen: „Nach Auffassung der Kammer ist es daher aus den angeführten rüstungswirtschaftlichen wichtigen Gründen erforderlich, dass dem Juden Reiter Gelegenheit gegeben wird, beide Firmen zwecks technischer Beratung bei der Herstellung der Lehrenbohrwerke regelmäßig aufzusuchen. Die Frage, ob der Jude Reiter hinsichtlich der technischen Beratung der beiden Firmen künftig durch eine deutschblütige Kraft ersetzt werden kann, ist zu bejahen. Nach Ablauf einer gewissen Übergangszeit wird es einer entsprechend vorgebildeten und eingearbeiteten Kraft möglich sein, die bisher von Reiter ausgeübte Beratungstätigkeit zu übernehmen. Offen bleibt selbstverständlich die Frage, ob sich im Hinblick auf den gerade im Ingenieurberuf außerordentlich starken Mangel an Fachkräften eine solche Ersatzkraft finden wird.“

Während dieses Schreiben redigiert und offensichtlich gar nicht abgeschickt worden ist, ist das zweite als rosafarbener Durchschlag auf Durchschlagpapier, versehen mit den Paraphen des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und des Bearbeiters - also Linses - und mit handschriftlichem Eintrag des Tagesda-

tums – des 6. Novembers –, erhalten. In diesem Schreiben, das ganz offensichtlich die IHK verlassen hat, sind substantielle Änderungen vorgenommen worden. Der erste Absatz bleibt weitgehend unverändert. Der zweite indes verliert gegenüber der ersten Version an Eindeutigkeit, seine Aussagen werden diffuser, suggestiver. Hier heißt es nun, dass Reiters beratende Anwesenheit „*nicht dauernd*, sondern nur für eine gewisse Übergangszeit erforderlich“ sei. „Der Treuhänder Sieben-Haussen [...] ist der Meinung, dass eine Übergangszeit von 2 Monaten ausreichend erscheint. Die von Reiter erbetene generelle Genehmigung wäre also auf die Dauer von 2 Monaten zu beschränken. Nach Ablauf dieser 2 Monate sind nur noch gelegentliche Besuche [...] erforderlich.“ Erneut bejaht man langfristig die Ersetzung Reiters „durch eine deutschblütige Kraft“. „Nach Auffassung der Kammer erscheint es zweckmäßig, den Treuhänder Sieben-Haussen bereits jetzt zu veranlassen, eine geeignete Kraft ausfindig zu machen und in die Beratungstätigkeit Reiters einzuarbeiten. Sobald eine solche Ersatzkraft gefunden worden ist und sich mit den in Frage stehenden technischen Fragen vertraut gemacht hat, könnte dann im Benehmen mit ihr festgestellt werden, wann auf die Beratungstätigkeit Reiters überhaupt verzichtet werden kann. Heil Hitler!“

1942 kommt es in der Sache zu einer neuen Wendung, als Reiter und Sieben-Haussen einen Vertrag über die Verwertung der Lehrenbohrwerke abschließen. Wieder tritt Linse als Gutachter für den Regierungspräsidenten in Erscheinung, und wieder versucht er, ihn von dem großen Interesse der Wirtschaft an Reiters Lehrenbohrwerk, „das [...] eine stetig zunehmende Steigerung erfährt, je mehr die in Betracht kommenden Industriekreise die Vorteile [...] in Erfahrung bringen“, zu überzeugen. Ostentativ kritisiert Linse den Vertrag, weil durch ihn Sieben-Haussen und Reiter „zumindest theoretisch unbegrenzt“ miteinander verbunden werden und deshalb das Büro Reiters nicht wie gewünscht aufgelöst werden kann. Aber, gibt Linse zu Protokoll, angesichts der unklaren Verwertungschancen in der durch den Krieg beeinträchtigten Wirtschaft ist die gefundene Lösung akzeptabel. Und dann weist er auf die Schwierigkeiten und Implikationen des Vertrags hin, die er jedoch mit Hinweis auf die Rechtslage rechtfertigt und die im Ergebnis die beiden Vertragsparteien noch fester aneinander bindet. So vertrackt ist die Angelegenheit inzwischen geworden, dass sie gar nicht mehr richtig im Sinne der Diktatur „gelöst“ werden kann, dass Linse sich sogar scheinheilig die Hoffnung zu äußern erlauben kann, „dass die bereits seit langer Zeit anhängige Abwicklung [von Reiters Patentbüro] endlich einmal zu einem Ende kommt und dass dieses Interesse gegenüber das erwähnte formaljuristische Bedenken zurücktreten möchte.“

Und wieder geht die Strategie auf, und auch der Kreiswirtschaftsberater der NSDAP schließt sich inhaltlich Linses Gutachten „voll und ganz“ an. Offensichtlich sind die vorgetragenen Argumente, die in der Konsequenz dazu führen, dass Reiter weiterarbeiten kann und nicht in ein KZ deportiert wird, so überzeugend, dass Sachbearbeiter Weinhold von der NS-Kreisleitung Chemnitz am 8. April 1942 nur verzweifelt vorschlagen kann, „den Juden Gilel Reiter besonders scharf zu beobachten. Unter Umständen lässt er sich einmal etwas

zuschulden kommen, was einer endgültigen Regelung der Angelegenheit dann förderlich sein kann.“

Die Umstände sind Reiter auch weiterhin – relativ – günstig. Einer Aktennotiz Linses vom 30. Juli 1942 ist zu entnehmen, dass, wie Sieben-Haussen berichtet hat, Reiters Lehrenbohrwerk inzwischen in großer Zahl im Einsatz ist und weiterentwickelt werden soll. Erneut ist Reiters Expertise verlangt. Seine Kenntnisse und der allgemeine Ingenieurmangel machen ihn unabkömmlich. In einem Gutachten für den Polizeipräsidenten hält Linse die erneute Verlängerung der Einreisegenehmigung für notwendig. „Wir stellen anheim, diese Dauerreisegenehmigung zunächst auf 3 Monate zu befristen, damit nach Ablauf dieser Frist die Möglichkeit einer Ablösung der Beratungstätigkeit Reiters durch eine deutschblütige Kraft erneut geprüft werden kann.“

Im selben Jahr gehen Linse und Sieben-Haussen sogar noch einen Schritt weiter. Sie vereinbaren, zu versuchen, Reiter als Dolmetscher für die in den Industriebetrieben eingesetzten russischsprachigen Zwangsarbeiter zu beschäftigen, obwohl das eigentlich nicht zulässig ist. Linse berät sich mit der Gestapo, die nichts gegen den Vorschlag einzuwenden hat, wie Linse am 23. September 1942 dem Arbeitsamt mitteilt, „sofern sich seine Dolmetschertätigkeit auf das Anlernen von Ostarbeiter, auf ihre technische Beratung usw. erstreckt.“ Jetzt allerdings beißen sie auf Granit, das Arbeitsamt weist das Ansinnen zurück.

Ansonsten aber geht es auch im folgenden Jahr weiter wie beschrieben. Am 1. Februar 1943 bittet Linse wieder um eine dreimonatige Fristverlängerung für Reiter mit den immergleichen vorsichtig formulierten Argumenten. „Bei dieser Sachlage wird man nach Auffassung der Kammer wiederum nicht umhin können, dem Antrag stattzugeben. Um die weitere Entwicklung der Angelegenheit verfolgen zu können, bitten wir, auch gegenüber dem neuen Gesuch, die Dauererlaubnis auf 3 Monate zu befristen.“ So gelingt es Linse und Sieben-Haussen, Reiter mehrere Jahre vor dem KZ und der sicheren Ermordung zu bewahren. Am Ende scheitert das Vorhaben jedoch an einem Umstand, den sie nicht beeinflussen können: Reiters Tod am 18. Februar 1944.

Walter Linse hat „mitgemacht“. Er hat an der Arisierung der Chemnitzer Wirtschaft mitgewirkt, indem er Gutachten schrieb, externe Gutachter auswählte, die Betroffenen anhörte („Es erscheint der Jude XY und erklärt: ...“), sich mit anderen Behördenvertretern ins Benehmen setzte und dergleichen mehr. Das Urteil mag hart klingen, aber durch seine Funktion als Referent in der IHK, durch sein nüchternes Mittun, durch seine juristische Expertise wirkt er mittelbar, ohne je selbst einem Juden auch nur ein Haar zu krümmen, an ihrer Verfolgung und Entrechtung mit. Die spätere Vernichtung des europäischen Judentums war ja nicht das Werk sadistischer Folterknechte, sondern erforderte ein reibungsloses Zusammenwirken zahlreicher Stellen, die jeweils auf ihrem Feld an dem Verbrechen mitwirkten, indem sie immer nur nüchtern die ihnen gestellten Aufgaben erledigten.

So wenig man um dieses Urteil herumkommt, so sehr hat Linse aber auch Anspruch auf eine differenzierte Bewertung seiner Tätigkeit. Man kann näm-

lich ebenfalls nicht umhin, anzuerkennen, dass er sich dem Regime zu entziehen versucht hat, so gut es ging. Undeutlich sind die Anzeichen, doch sie sind vorhanden. Linse war vorsichtig; er versteckte sich hinter „objektiven“ Aussagen, eine Methode, die er in seinem Jurastudium gelernt hatte und die ihm nun, unter den Bedingungen der Diktatur, zupass kam. Insbesondere die Akte zum Fall Gilel Reiter enthält so viele in diese Richtung weisende Indizien, dass man Linses Verhalten im Nationalsozialismus summarisch – bei aller Kritik – positiv bewerten kann: Er hat inmitten der moralischen Vergiftung, die die Deutschen durch die Nazis erlitten hatten, seine Integrität bewahren können und hat Sieben-Haussen dabei geholfen, ein Menschenleben zu retten.

Jahre später taucht zudem noch eine entlastende Zeugenaussage auf, die die Vermutung stützt, dass Linse Reiter geschützt hat. Es ist der Brief eines in Manchester lebenden Deutschen an Adenauer, der Monate nach der Verschleppung Linses schreiben wird: „Vor dem Kriege lebte ich mit meinem Freund Alfred A. in Chemnitz [...]. Nach der Glasnacht wurde mein Freund als Angehöriger der jüdischen Glaubensgemeinschaft nach Buchenwald geschafft. Mit der Unterstützung von Herrn Dr. Linse, der sich unter Aufopferung seiner Existenz maßgebend dafür einsetzte, war es möglich, meinen Freund A. aus dem KZ-Lager herauszuholen. Seine Ausreise aus Deutschland wurde dadurch sichergestellt und sein Leben gerettet.“⁵³

5. Keine „Stunde Null“

Zahlreiche Aktennotizen Linses der Jahre 1944/45 beschäftigen sich mit den Problemen, die die Kriegswirtschaft den Unternehmen bringt. Doch bei der Durchsicht stellt man irgendwann fest, ohne den genauen Zeitpunkt bestimmen zu können, dass es plötzlich nicht mehr kriegswirtschaftliche Entscheidungen sind, die den Unternehmen zu schaffen machen, sondern dass nunmehr Demontagebefehle der Besatzungsmacht die Industrie plagen. Die NS-Diktatur in Chemnitz ist vorüber, und jetzt haben die sowjetischen Dienststellen das Sagen. Man fordert Reparationen. Und Linse setzt seine Tätigkeit bruchlos, wie es den Anschein hat, fort. Unter der Besatzungsmacht steigt er sogar zum Geschäftsführer der IHK auf.⁵⁴

Wie es dazu kommt und wie es Linse in den letzten Kriegstagen, zwischen der Kapitulation und der Ankunft der Roten Armee im bis dahin unbesetzten Chemnitz ergeht, ist unbekannt. Über seine Erfahrungen mit marodierenden, mordenden und vergewaltigenden Soldaten, mit Erschießungen, Säuberungen und willkürlichen Verhaftungen kann man nur spekulieren, aber es gibt keinen Grund zu der Annahme, er oder seine Familie sei davon verschont geblieben. Verbürgt ist lediglich, dass er noch 1945 ausgebombt wird und seine Wohnung

53 Zit. nach Mülder, Zwei Schüsse ins Wadenfleisch. In: FAZ vom 8. 7. 2002.

54 StAC, 30874, 750.

in der Germaniastraße 3, die „total zerstört“ wird, verlassen muss. Er und seine Frau Helga – Kinder haben die beiden nicht – ziehen in die Ulmenstraße 59.⁵⁵

Die sowjetischen Besatzer, so scheint es, haben gegen Linse nichts einzuwenden. Das gilt auch für die deutschen Kommunisten. Linse wird Vorsitzender des „Bezirkssonderausschusses zur Bereinigung des Berufsstandes der Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer und Wirtschaftsberater bei der IHK Chemnitz“. Für die Jahre 1945–1950, vor allem aber für 1946/47, sind 61 Fälle überliefert, in denen eine Kommission, der er vorsteht und der vier weitere Beisitzer angehören, über die Wiederezulassungsanträge der genannten Berufsgruppe befindet. Linse hat erneut ein Amt inne, mit dem er in der Lage ist, berufliche Karrieren zu beenden. Ein Amt, dessen Inhaber sich im Dschungel von Denunziationen und Persilscheinen einen Überblick verschaffen muss, um über Schuld oder Unschuld der Antragsteller zu befinden. Und wieder arbeitet Linse mit anderen (halb-) staatlichen Stellen zusammen. In seiner neuen Funktion muss er sein Votum dem „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zuleiten, der in diesen Jahren ein einflussreiches Gremium ist, bis es nach einer Übergangszeit vom kommunistisch dominierten Stadtrat abgelöst wird.⁵⁶

Was sind das für Fälle, die unter Linses Vorsitz verhandelt werden? Für den einen Antragsteller läuft das Verfahren vor dem Ausschuss glimpflich ab. Der Betreffende schafft sechs Aussagen heran, die ihm eine einwandfreie Gesinnung attestieren. Demnach hat er sich unter der NS-Diktatur für einen ehemaligen Sozialdemokraten verwendet, galt als politisch unzuverlässig, musste deshalb Schikanen erdulden und ist heute, 1946, in der kommunistischen Bewegung aktiv. Wegen seiner demokratischen Gesinnung plädiert der Ausschuss auf Wiederezulassung in seinen Beruf.⁵⁷ Anders ist der Fall eines weiteren Antragstellers gelagert, der ebenfalls 1946 verhandelt wird. Ihm, dem vereidigten Buchprüfer und Steuerberater, wird zunächst die Zulassung entzogen. Er beantragt die Wiederezulassung. Vor der Kommission rekapituliert er seinen Werdegang: Mitglied in der NSDAP seit 1932, im NSRB seit 1933, wo er bis zum Zusammenbruch ein Amt bekleidet. Seinem Antrag fügt er die Aussage eines Bauern bei, der bezeugt, dass er vor größerer Öffentlichkeit schlecht über Hitler geredet haben soll. Der Ausschuss will den Bauern ad personam vernehmen, da der Lebenslauf des Antragstellers hinreichende Anhaltspunkte für eine schwere NS-Belastung enthält. Bei einem zweiten Termin erscheint der Zeuge, aber er ändert seine Aussage. Jetzt heißt es, dass die abfällige Bemerkung lediglich unter Freunden gefallen ist. Der Antrag wird abgelehnt.⁵⁸

Die wenigen vorhandenen Dokumente aus den vierziger Jahren zeigen Linse bei seiner beaufsichtigenden Aufgabe für die IHK, die er sowohl für das nationalsozialistische wie für das kommunistische System erfüllt hat. Sein Lebens-

55 StadtA Chemnitz, Antifa-Block, Sign. 65, Bl. 104.

56 Vgl. Müller, Entwicklung der Verwaltungsstrukturen, S. 85; vgl. Behring, Die Zukunft war nicht offen.

57 StAC, 30874, 853.

58 StAC, 30874, 835.

lauf ist ein guter Beleg für die Behauptung, dass es 1945 eine „Stunde Null“ im Grunde gar nicht gegeben hat, sondern dass auch und vor allem in der Verwaltung Kontinuität herrschte und den mittleren Eliten der Übertritt in das neue politische System bruchlos glückte.

6. Auf dem Prüfstand

Politisch engagiert sich Linse 1945 drei Monate in der LDP. Doch der hoffnungsvolle Neubeginn ist jäh zu Ende, als der Vorwurf laut wird, er sei Mitglied der NSDAP gewesen. Linse beendet sein politisches Engagement, und damit ist auch der Traum vorbei, er könne einmal Wirtschaftsminister von Sachsen werden.⁵⁹

Über die Umstände, unter denen Linse von den Sowjets weiterbeschäftigt wurde, ist nichts bekannt. Sein Einsatz für Gilel Reiter ist jedoch innerhalb der IHK sicher nicht unentdeckt geblieben, wie der Vorgang mit dem nicht abgeschickten Brief bezeugt. Linse wurde vermutlich von seinem Präsidenten gedeckt, und der hat vermutlich vor dem Entnazifizierungsausschuss davon berichtet. Überliefert ist das alles allerdings nicht, man ist auf Spekulationen angewiesen.

Was nach dem Krieg allerdings ans Licht kommt, ist Linses Mitgliedschaft in einer Widerstandsgruppe namens „Ciphero“. Bereits im Juni 1945 testiert Edgar Fischer in einem fünfzehneitigen Bericht die Aktivitäten ihrer 35 Mitglieder gegen das NS-Regime.⁶⁰ Gegründet von Fischer und Walter Oelschlägel 1941, teilte man sich die Arbeit auf: Fischer „bearbeitete den Wehrmacht-Sektor“ und Oelschlägel „den zivilen, hauptsächlich in Bezug auf Arbeitseinsatz und industrielle Gebiete.“ Fischer hatte zunächst mit dem Nationalsozialismus sympathisiert, sich jedoch dann abgewendet und war während eines Lazarett-Aufenthalts in das Lager der Regimegegner gewechselt. Er wurde Geheimsachenbearbeiter im Chemnitzer Ersatzheer, und Oelschlägel nach Ausscheiden aus der Wehrmacht Leiter des Arbeitsamtes Flöha bei Chemnitz. Zunächst bestand Fischers Widerstandstätigkeit darin, Anhänger des Regimes zum Feldheer zu verfügen und kritische Geister davor zu bewahren. „Allgemein gesehen, wurden Pg.s abgeschoben. Einwandfrei antifaschistische Soldaten wurden jedoch gehalten, so lange es irgendwie möglich war.“ Weiterhin richtete man einen Raum zum sicheren Empfang von „Feindrundfunksendungen“ ein und störte den Vertrieb von NS-Propagandaschriften. „Wie oft kam es vor, dass durch von uns getroffene Maßnahmen im geeigneten Moment das Vortragsmaterial verschwand, dass der Dienstplan so geändert wurde, dass der NSFO in einem leeren Unterrichtsraum stand und vergeblich auf seine Lämmer wartete.“ In den letzten Kriegstagen wurden des Weiteren fahnenflüchtige Antifaschisten und sogenannte Volksdeutsche so gut als möglich unterstützt. Man baute eine Motorradflotte auf und leistete propagandistische Arbeit, als die Rote Armee näher auf Chemnitz rückte.

59 Abhörprotokoll vom 12.9.1952 (HAIT-Archiv, Akte Walter Linse).

60 StadtA Chemnitz, Antifa-Block, Sign. 65, Bl. 16-30.

Die Aktivitäten des von Oelschlägels geleiteten zivilen Teils von „Ciphero“ nehmen sich in dem Bericht nicht so umfangreich aus wie die des militärischen. Ihm zufolge wurde Oelschlägel von zwei Mitverschwörern assistiert, die – ähnlich wie bei dem militärischen Flügel – Antifaschisten mit entsprechenden Bescheinigungen versorgten, die „Betreibungen von Entlassungen, Verschiebungen und Einberufungen zur Wehrmacht“ verhindern halfen. Linse – in seiner Funktion als Referent bei der IHK – war „die notwendige Ergänzung“ für den Verschwörer Oelschlägel, dessen Amt in Linses Zuständigkeitsbereich lag. „Mit ihm wurden sämtliche Anordnungen und Verfügungen, die von den zuständigen Reichsbehörden herauskamen, eingehend durchgesprochen und ihre Durchführung gestört bzw. verzögert, wo es angängig war. Mit einer Anzahl von Betriebsführern, die als antifaschistisch bekannt waren, ist zusammengearbeitet worden, ohne dass diese selbst Mitglieder der Widerstandsbewegung gewesen wären.“⁶¹

Ob Fischer Linse mit seiner Erwähnung indes einen Gefallen getan hat, ist nicht unbedingt sicher. Denn Fischers Absicht, die Rehabilitierung der Mitarbeiter von „Ciphero“ zu erreichen, wird nicht verschwiegen. Problematisch nur, dass alle Genannten wenig später kollektiv in Verruf geraten, wie sich aus weiteren Einlassungen Fischers schließen lässt. Mit Datum vom 18. November 1945 findet sich sowohl eine auf die „Ciphero“-Mitglieder geschriebene Eloge als auch eine „Erklärung zur Sache ‚Dr. Ring‘“, in der Fischer beklagt, dass die Widerstandsgruppe „wiederholt [...] in Verbindung mit dem Fall Dr. Ring gebracht“ würden. Ernst Ring war von den US-Truppen als Bürgermeister von Chemnitz eingesetzt worden, wurde aber nach der Übernahme durch die Sowjets abgesetzt und für acht Wochen inhaftiert.⁶² Später wurde er erneut inhaftiert, und auch Fischer scheint nicht recht schlau aus ihm geworden zu sein. Zu Kriegszeiten hat Ring ihm wohl die Gründung einer weiteren Widerstandsorganisation („Arüsa“) angetragen, ein Plan, den Fischer mit ein paar Kameraden von „Ciphero“ unterstützen wollte. Mehr Gemeinsamkeiten waren aber nicht, wie Fischer betont. „Grundsätzlich wird festgestellt, dass die Widerstandsbewegung ‚Ciphero‘ und Dr. Ring zwei verschiedene Dinge sind, die nichts miteinander gemeinhaben.“

War Linse ein Mann des antifaschistischen Widerstands? Das Zeugnis, das Fischer ihm ausstellt, ist makellos, auch wenn es nicht auf Details eingeht. Linse kann den Persilschein gut gebrauchen, denn jetzt ist die Zeit der Abrechnung und der Denunziationen gekommen. Linse hat sich während der letzten Jahre nicht nur Freunde gemacht, und jetzt wird seine eigene Vergangenheit zum Gegenstand kritischer Begutachtung. Noch im September 1945 gibt ein Denunziant zu Protokoll, dass Linse entgegen seiner Behauptung Mitglied der NSDAP gewesen sei. 1938 oder 1939 habe er sich um Aufnahme bemüht, in der IHK habe er das Parteiabzeichen getragen und sei dortselbst als Pg. geführt worden. Der Denunziant gibt an, er habe mit Linse 1941/42 eine kleine Auseinandersetzung gehabt und dabei ebenfalls das Parteiabzeichen an seinem

61 Ebd., Bl. 28.

62 Vgl. Müller, Entwicklung der Verwaltungsstrukturen, S. 81 f.

Revers gesehen.⁶³ Ein Tag später wird die Stadtteilgruppe Süd-Ost der Chemnitzer KPD aktiv und leitet den Bericht weiter an die Kreisleitung. „Der Fall ist bereits an die Kriminal-Polizei zur Bearbeitung weiter gegeben worden. Von einer Bearbeitung ist uns aber bis jetzt noch nichts bekannt.“⁶⁴

Die polizeilichen Ermittlungen verlaufen ergebnislos. Linse geschieht nichts. Die Denunziation ist aber auch zu offensichtlich getragen von einer Aversion unbekanntem Ursprungs gegen Linse und „die Herren Akademiker, die ja überall in der Stadtverwaltung sowohl als auch in der Wirtschaftskammer sitzen bzw. sitzengeblieben sind, gegenseitig Beistand leisten, um einen kleinen Staat im Staate für sich einzurichten. Jedenfalls spricht die Tatsache für sich, dass diese Theoretiker dem praktischen Leben gegenüber ziemlich voreingenommen sind.“⁶⁵

Gleichwohl ist Linse noch nicht aus dem Schneider. Das Entnazifizierungsverfahren läuft weiter. Der Antrag, alle Mitglieder von „Ciphero“ und „Arüsa“ kollektiv zu entnazifizieren, wird vom zuständigen Ausschuss geprüft, aber bei etwa der Hälfte der Namen sieht man Klärungsbedarf, unter anderem bei Linse. Am 9. Februar 1946 geht das Gesuch des Antifaschistisch-Demokratischen Blocks Sachsen an den Chemnitzer Block: „Ehe jedoch eine Entscheidung herbeigeführt werden kann, ersuchen wir den Demokratischen Block Chemnitz um eine Charakteristik sowie politische Vergangenheit – wir möchten vor allen Dingen wissen, wann diese Leute in die NSDAP eingetreten sind – und gegenwärtige Tätigkeit der angegebenen Namen mitzuteilen. Wenn gegen diese Leute nichts besonderes spricht, sind wir der Ansicht, dass sie rehabilitiert werden können.“⁶⁶

Wenig später hat man eine erste Information eingeholt, die für Linse spricht. „Dr. Linse wird als netter Mensch seinen Angestellten gegenüber bezeichnet. Es ist jedoch nicht bekannt, ob er Mitglied der NSDAP war.“ Eine Woche später, am 28. Februar 1946, weiß man etwas mehr. „In der NSDAP, SA oder einer anderen Formation war er nicht. Betätigt oder hervorgetan hat er sich nicht. Er war ein Gegner des Nazi-Systems. Jetzt gehört Linse keiner Partei an. Für die Solidarität und bei Spenden gibt er reichlich.“⁶⁷ Und aus der Geschäftsstelle der LDP verlautet: „Herr Dr. Linse hat sich nach seinen eigenen Angaben seinerzeit und auf ausdrücklichen Druck des damaligen Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Chemnitz, Herr Schöne, zur NSDAP als Mitglied angemeldet; es soll aber bei dieser Anmeldung verblieben sein, und behauptet Dr. L., es in geschickter Weise stets abgelenkt zu haben, dass er ein Mitgliedsbuch ausgestellt erhielt. Mithin betrachtet sich derselbe nicht als zur NSDAP gehörend. [...] Nach unseren Informationen ist aber Dr. Linse immer ein Gegner der Nazi-Ideologie gewesen, was wir besonders hervorheben möchten. Unseres Erachtens wäre es kein Fehler, diesen Menschen am Wiederaufbau Deutschlands sei-

63 StadtA Chemnitz, Antifa-Block, Sign. 65, Bl. 113.

64 Ebd., Bl. 112.

65 Ebd., Bl. 113.

66 Ebd., Bl. 92.

67 Ebd., Bl. 103.

nen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechend heranzuziehen.“⁶⁸ Damit ist der Fall geklärt, und der Block befürwortet Linses Rehabilitierung.⁶⁹

Zwei Jahre später allerdings wird Linses Vergangenheit erneut zum Gegenstand einer Untersuchung. Am 24. Februar 1948 tritt eine andere Denunziantin auf den Plan. „Wann wird Herr Walter Linse, Ulmenstr., entnazifiziert?“, fragt sie in einem Brief den Oberbürgermeister. „Er fällt doch unter Befehl 201. Früher war er einmal Rechtsanwalt. Dann kam er zur Industrie- und Handelskammer. Bei der Entjudung 1938/1939 hat er eine ganz große Rolle gespielt. Er hat viele Juden unter Treuhand gestellt. Und im Kriege war er auch ganz groß da. In der Rüstung war er unentbehrlich. Er war selbst keinen Tag Soldat. Mit dem Schieber [x] ist er auch sehr befreundet.“ Linse wird zur Rede gestellt und füllt einen Fragebogen der Kreisentnazifizierungskommission Chemnitz-Stadt aus. Maschinenschriftlich verneint er am 2. März die Fragen nach einer NSDAP-Mitgliedschaft, gibt an, vor 1933 in keiner Partei gewesen zu sein und in diesem Moment auch nicht. Lediglich in der LDP, gibt er an, ist er nach dem Krieg gewesen. Militärdienst habe er nicht abgeleistet und habe auch nicht in der Zivilverwaltung eines besetzten Gebietes gearbeitet.⁷⁰

7. Flucht aus Chemnitz

Was Linses Privatleben angeht, ist erneut wenig bekannt. Er ist seit dem 14. März 1942 mit Helga, der Tochter des Rechtsrates der Stadt Chemnitz, Dr. jur. Albert Heymann, verheiratet. Die Ehe bleibt kinderlos. Vermutlich lernen sich die beiden bei der IHK kennen; Helga arbeitet dort seit 1940 als Sachbearbeiterin. Aber vielleicht hat Linse die um zwölf Jahre jüngere Frau auch über das Juristenmilieu der Stadt kennen gelernt. Helgas Lebenslauf, den sie 1957 verfasst hat, spiegelt eine typische Frauenbiographie aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wider: Als Tochter aus gutem Hause legt sie das Abitur ab, tritt aber erst im Alter von 24 Jahren, am 1. Januar 1940, in einen Beruf ein, um einen Mann zu ersetzen, der zum Kriegsdienst eingezogen worden ist. Bei der IHK ist sie sodann für die Bearbeitung von Prüfungsangelegenheiten zuständig, und als sie Linse heiratet, ist ihre berufliche Laufbahn wenige Monate später „infolge Verehelichung“, wie es in ihrem Arbeitszeugnis heißt, auch schon wieder beendet. Bereits 1943 kehrt die „wertvolle Mitarbeiterin“ wieder zurück, da erneut ein männlicher Kollege zur Wehrmacht eingezogen worden ist. Jetzt bleibt sie bis 1945, als die „Zeitverhältnisse und gesundheitliche Gründe“ ihre Demission erfordern.⁷¹

Über die Gründe von Linses Flucht aus Chemnitz 1949 ist ebenfalls wenig bekannt. Einem Bericht des MfS von 1952 ist zu entnehmen, dass er sich im Juni 1949 nach West-Berlin abgemeldet hat.⁷² Linse ist zu diesem Zeitpunkt der

68 Ebd., Bl. 102.

69 Ebd., Bl. 106.

70 BArch, ZB 7374 A.14.

71 BArch, B 136, 6539.

72 BStU, ZA, MfS, GH 105/57, Bd. 6, S. 13.

einzigem Geschäftsführer einer IHK in der Sowjetzone, der noch nicht der SED beigetreten ist. Für die Machthaber ein unhaltbarer Zustand, den man durch Druck zu ändern sucht. In Helgas Lebenslauf heißt es: „1949 Umsiedelung nach West-Berlin, da Ehemann Dr. Linse sich weigerte, Mitglied der SED zu werden und sich deshalb an der Handelskammer nicht mehr halten konnte.“ Desgleichen lässt später Linses Vorgesetzter beim UFJ, „Dr. Theo Friedenau“, verlauten: Linse habe in seiner Position aus nächster Nähe den Beginn der Vernichtung kleiner und mittelständischer bäuerlicher und gewerblicher Existenzen mit ansehen müssen. Wenn er erneut Gutachten geschrieben habe, dann seien sie jedoch nicht so ausgefallen, wie die neuen Machthaber sie sich vorgestellt hätten. Denn Linse habe „Enteignungen für gesetzlich unzulässig“ erklärt und damit das Bestreben der Diktatur behindert, die gewaltsame Umwandlung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Mitteldeutschland mit einem Feigenblatt formaler Richtigkeit zu versehen. Linse habe sich energisch für die von Enteignung Betroffenen eingesetzt, weshalb er „bald auf die ‚Schwarze Liste‘ der damals neu gegründeten Abteilung K5 der Kriminalpolizei, der Vorläuferin des heutigen Staatssicherheitsdienstes,“ gekommen sei.⁷³

Dass Linse nicht in die Zeit passt, ist den neuen Machthabern sicher bald klargeworden. Er ist Rechtsanwalt; er hat seine Sympathien für den Liberalis-

73 Die Zeit vom 17.7.1952; vgl. Hagen, *Der heimliche Krieg auf deutschem Boden*, S. 222; Fricke, *Ein Mann namens Linse*, S. 7.

mus durch seine Mitgliedschaft in der LDP kurz nach Kriegsende hinreichend bewiesen; er will der SED nicht beitreten. Kurzum: Er ist, wie der Staatssicherheitsdienst später zu Protokoll gibt, „nach seiner ganzen Haltung fest von der Richtigkeit des derzeitigen westlich-amerikanisch-kapitalistischen Staats- und Herrschaftssystems und von der Notwendigkeit, sich für diese Form der ‚Demokratie‘ einzusetzen, völlig überzeugt“⁷⁴ – ein Systemgegner, wie er im Buche steht.

Bei aller Vorsicht, die man gegenüber den Vernehmungprotokollen von MfS und MGB entgegenbringen muss, kann man in ihnen dennoch ein paar Hinweise auf Linses Denken kurz vor seiner Flucht finden, die schwerlich von den Vernehmern gefälscht worden sein dürften. Einer bezieht sich auf seine Motive zur Ausreise aus der DDR. Im MGB-Protokoll vom 22. April 1953 werden ihm diesbezüglich recht detaillierte Aussagen zugeschrieben; demnach verlässt er Chemnitz nicht, wie von seinen Peinigern unterstellt, um den Kampf gegen das Regime aufzunehmen, sondern weil die Entwicklung ganz allgemein seinen Wertvorstellungen widerspricht. „Ich dachte, dass in der DDR keine Rechtsstaatlichkeit existiert, dass die Machthaber ihre Ziele auf Kosten der bestehenden Gesetze durchsetzen, dass in der DDR Gesetzlosigkeit herrscht und die Justizorgane keine Handhabe besitzen, im Sinne der bestehenden Gesetze zu handeln.“⁷⁵ Diese Überzeugung dürfte Teil eines ganzen Bündels von – nicht überlieferten – Motiven gewesen sein, die erst zusammengenommen zu dem Entschluss führten, zu emigrieren. Er verlässt seine Vaterstadt auch nicht unvorbereitet, sondern sondiert im Vorfeld die Möglichkeiten für einen Neuanfang im Westen. Da der Geschäftsführer der Firma „Imbral“ in West-Berlin eine Filiale aufbauen will, schließt sich Linse ihm an, um als Syndikus für ihn zu arbeiten.⁷⁶

Die Flucht wird für Linse und seine Frau, die mit ihm geht, keine große Probleme aufgeworfen haben. Sein Besitzstand kann nicht umfangreich gewesen sein. Lediglich die Reise nach Berlin wird wegen der zerstörten Infrastruktur beschwerlich gewesen sein. Aber die Grenzen sind noch offen, und dem Notaufnahmeverfahren für politische Flüchtlinge aus der SBZ muss sich das Paar auch nicht unterziehen, weil das erst später eingeführt wird, so dass einem Neuanfang wenigstens diese Hindernisse nicht entgegenstehen. Kurz nach seiner Übersiedelung nimmt Linse noch einmal Kontakt zum Amtsgericht Leipzig auf. Am 9. Januar 1950 bittet er um Zusendung einer Bescheinigung, dass er seinerzeit als Hilfsrichter in Leipzig angestellt war, da der Nachweis über seine zweite Staatsprüfung bei einem Bombenangriff auf Chemnitz vernichtet worden ist und sein „Fehlen [...] laufend Schwierigkeiten“ bereitet. Die Bescheinigung wird am 26. Januar ausgestellt.⁷⁷

74 BStU, ZA, MfS, GH 105/57, Bd. 4, S. 174.

75 HAIT-Archiv, Akte Walter Linse, Bestand Moskau, S. 39.

76 Rechtsanwalt Dr. Braun an Linse vom 12.2.1952 (BArch, B 209, 959); BStU, ZA, MfS GH 105/57, Bd. 1, S. 9.

77 StAL, Amtsgericht Leipzig, 2767.